



Raphael Tigges

MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN



Bericht aus dem Landtag in Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Woche kam der Landtag am Mittwoch und Donnerstag zur 114. und 115. Plenarsitzung und damit zur ersten regulären Plenarwoche im neuen Jahr zusammen.

Aufgrund der weiterhin angespannten Corona-Lage wurde die Sitzungswoche um einen Tag gekürzt und die Anwesenheit der Abgeordneten reduziert.

Der erste Plenartag startete wie zuletzt mit einer Unterrichtung der Landesregierung zur aktuellen pandemischen Situation. Weitere Themen am Mittwoch waren unter anderem der Start der Impfterminvergabe und die Sicherstellung von Ausbildungsverläufen trotz der Corona-Auswirkungen.

Am Donnerstag wurde im Rahmen eines Eilantrages über den Distanzunterricht an Schulen diskutiert. Außerdem befasste der Landtag sich noch mit dem Entwurf eines angepassten Pandemiegesetzes und der Bekämpfung von Verschwörungsmythen.

Eine Übersicht über alle Themen der Woche finden Sie unter: www.landtag.nrw.de

*Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund
Ihr Raphael Tigges*

Unterrichtung der Landesregierung

Die Plenarwoche begann wieder einmal mit einer Unterrichtung der Landesregierung über die aktuelle Corona-Situation im Land.

Ministerpräsident Armin Laschet rief die Menschen im Land noch einmal dazu auf, in der wohl kritischsten Phase der Pandemie nicht aufzugeben und sich weiterhin an die geltenden Regelungen zu halten. In NRW wurde in den vergangenen Tagen die traurige Marke von 10.000 Todesfällen überschritten.

„Die Corona-Pandemie ist eine Jahrhundertkatastrophe, eine Belastungsprobe historischen Ausmaßes. Der Kampf gegen das Virus ist kein Sprint, sondern ein Marathon. Wir haben mehr als die Hälfte hinter uns, aber wir wissen alle, dass die letzten Kilometer die härtesten sind“, so Ministerpräsident Laschet.

Im Zuge der Unterrichtung der Landesregierung hat der Landtag die epidemische Lage für NRW um weitere 2 Monate verlängert.

Aktuelle Stunde zur Impfterminvergabe in NRW

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde debattierte der Landtag am Mittwoch über den Start der Impfterminvergabe in NRW.

In den ersten Tagen war es aufgrund der hohen Nachfrage zu Engpässen bei der Impfterminvergabe gekommen. Das Gesundheitsministerium hat für die Terminvergabe ein Call-Center mit 1.200 Mitarbeitern sowie eine eigene Online-Plattform eingerichtet. Trotz anfänglicher Schwierigkeiten wurden in den ersten drei Tagen bereits fast 400.000 Termine vergeben, das entspricht mehr als einem Drittel der Impfberechtigten über 80 Jahre. Auch im Kreis Gütersloh wurden alle aktuell zur Verfügung stehenden 11.000 Termine vergeben.

In NRW werden die Impfdosen für die wichtige Zweitimpfung bei der Terminvergabe miteinberechnet und zurückgehalten, weshalb es nur auf den ersten Blick zu geringeren Impfquoten im Vergleich zu anderen Bundesländern kommt.

Anti-Corona-Lack auch für den Bahnhof Gütersloh

Die Deutsche Bahn lackiert an insgesamt 209 Bahnhöfen in NRW häufig genutzte Kontaktflächen wie zum Beispiel Aufzugknöpfe und Handläufe mit einem speziellen Anti-Viren-Lack. Die meisten der 209 Bahnhöfe erhalten noch im Januar und Februar den Speziallack. Auch am Hauptbahnhof Gütersloh kommt er dann zum Einsatz.

Der Einsatz des Schutzlackes ist Teil des Hygienekonzeptes der Deutschen Bahn an den Bahnhöfen im Land. Die Gesamtkosten von rund 200.000 Euro werden über das „Sonderprogramm kommunale Verkehrsinfrastruktur ÖPNV“ finanziert.



Raphael Tigges

MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN



Aktuelle Debatte zur Einführung des Faches Wirtschaft

Seit Beginn des Schuljahres 2019/20 wurde an den ersten Schulen in NRW das Fach Wirtschaft-Politik eingeführt. Dadurch sind Anpassung bei der Lehrerausbildung notwendig geworden, die aktuell zu der Sorge führen, dass sozialwissenschaftliche Elemente sowohl im Unterricht als auch in der Lehrerausbildung verloren gehen.

Das Schulministerium hat jetzt noch einmal klargestellt, dass die Neukonzeption des Faches Wirtschaft nicht zu Lasten anderer Fächer oder Themen führt. Sozialwissenschaftlicher Unterricht wird auch weiterhin stattfinden.

Vielmehr wird das Fach sowie die Ausbildung neu profiliert und dabei darauf geachtet, dass alle Bereiche gleichermaßen Beachtung finden.

Neben der ökonomischen Grundbildung hat die politische Bildung somit weiterhin einen festen Platz in den Schulen.

Unterstützung der Ausbildungsjahrgänge während der Corona-Pandemie

Die Bundesagentur für Arbeit hatte zuletzt bekanntgegeben, dass es trotz aller Schwierigkeiten 2020 keinen „Corona-Jahrgang“ gegeben hat. Dafür haben auch Bund und Land mit dem Programm „Ausbildungsplätze sichern“ in Höhe von bis zu 500 Millionen Euro gesorgt.

Am Mittwoch befasste sich der Landtag mit einem Antrag von CDU und FDP, der vorsieht, den Ausbildungsjahrgang 2020/21 und auch die ausbildenden Unternehmen bei den aktuellen Herausforderungen in gleicher Weise zu unterstützen.

Gedenken an die Opfer des Holocaust

Diese Woche jährte sich zum 76. Mal der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus und die Befreiung des Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau.

In einer gemeinsamen Schweigeminute gedachten auch alle Fraktionen des Landtags den Opfer dieser grausamen Verbrechen. Es ist die Pflicht jedes Einzelnen daran zu erinnern und entschlossen gegen jede Form von Antisemitismus vorzugehen.

Maßnahmen des Ministeriums zur Unterstützung von Kitas

Mit einer Reihe von Maßnahmen unterstützt das zuständige Ministerium für Familie, Kinder und Jugend die Kindertageseinrichtungen im Land bei der Bewältigung der coronabedingten Einschränkungen und Regelungen. Zu diesen Maßnahmen gehören:

- ⇒ Vollständige Weiterfinanzierung der Kindertagesbetreuungsangebote
- ⇒ Seit Ende Mai wurden rund 4 Millionen FFP2-Masken für das Personal in Kitas bereitgestellt
- ⇒ Zwischen Herbst- und Weihnachtsferien konnte sich jeder Beschäftigte in Kitas und Kindertagespflege kostenlos testen lassen, eine Weiterführung des Testangebots wird derzeit erarbeitet
- ⇒ Keine Elternbeiträge in April und Mai 2020, hälftige Beteiligung in Juni und Juli 2020 sowie im Januar 2021
- ⇒ Finanzierung des Alltagshelferprogramms in Kitas zur Entlastung des Personals wurde bis 31.07.2021 verlängert
- ⇒ Das Ministerium unterstützt die Kitas bei der Ausnutzung und Umsetzung der aktuellen Gestaltungsspielräume
- ⇒ Die Einschränkung des Betreuungsangebotes in Kitas ist als ultima ratio gedacht, falls das Einhalten der Infektionsschutzmaßnahmen nicht möglich

